

Standesinitiative wegen Asylsystem

Bericht aus dem Grossen Rat



Andreas Fischer Bargetzi, Grossrat Grüne, Möhlin

AARGAU. Zu Beginn der Ratssitzung ging es um die Qualität und Vielfalt der Medien im Kanton Aargau. Die zunehmende Konzentration auf wenige Eigentümer gibt der Politik schon länger Anlass zur Sorge. Ein 2022 vom Grossen Rat geforderter Bericht ist immer noch nicht erstellt, was Verärgerung hervorrief. Als nächstes wurde beraten, ob der Aargau mittels einer Standesinitiative die Neuausrichtung des schweizerischen Asylsystems verlangen soll. Die Rechte wies darauf hin, dass der Kanton den Asylnotstand ausgerufen hat, Parteien auf der linken Seite fanden eine Standesinitiative unnötig, weil der Aargau nicht übermässig betroffen sei und das Thema in Bundesbern eh dauernd diskutiert wird. FDP, SVP und Mitte stimmten schliesslich geschlossen für den Vorstoss. Damit wird nun eine entsprechende Forderung ausformuliert und nach Bundesbern geschickt. Danach behandelte der Rat die Frage, ob in Aarau weitere Räumlichkeiten für die Mittelschulen angemietet werden sollen. Die beiden dortigen Kantons-

schulen sind zu mehr als 100 Prozent ausgelastet. Kritisiert wurde meist, dass es in der Vergangenheit verpasst wurde, die Schulen rechtzeitig zu erweitern. Der Kredit wurde von einer knappen Mehrheit um rund 10 Prozent gekürzt und danach bewilligt.

Im weiteren Verlauf behandelte der Rat Vorstösse im Bildungsbereich rund um die Ausbildung von Schulleitenden, Lehrpersonen und Fachpersonen Betreuung. Hier herrschte Einigkeit, dass Aus- und Weiterbildung eminent wichtig sind. Bestritten war hingegen, ob es diesbezüglich zusätzliche Gesetzesänderungen und Instrumente braucht. Teilweise ja, befand der Grosse Rat. Kurz vor dem Mittag ging es noch um den Denkmalschutz. Konkret: Sollen bei der Unterschutzstellung von Gebäuden die finanziellen Auswirkungen stärker gewichtet werden? Das forderte ein Vorstoss mehrerer Grossratsmitglieder. Gegenstimmen fürchten eine Schwächung des Denkmalschutzes, Befürwortende erhoffen sich eine Stärkung der Rechte der Eigentümerinnen und Eigentümer. Die Mehrheit überwies den Vorstoss.

Am Nachmittag waren vor allem Steuerthemen traktandiert. Hier steht in den nächsten Jahren die Umstellung auf die von der Schweizer Stimmbevölkerung beschlossene

Individualbesteuerung an. Aktuell versuchen die Parteien ihre Umsetzungsideen in den Prozess einzuspeisen. Der Grosse Rat überwies mehrere Vorschläge zur Prüfung an die Regierung. Über die Details wird dann sicher im Rahmen der Gesetzgebung noch ausführlich diskutiert. Zu reden gab ausserdem wiederum das Kopftuch. Vor vier Wochen wurde die Regierung beauftragt, ein Verbot von religiösen Kleidungsstücken für Schülerinnen zu erarbeiten, heute ging es um Staatsangestellte.

Der Regierungsrat war bereit zu prüfen, wie ein entsprechendes Gesetz zu erlassen wäre, ohne die Glaubens- und Gewissensfreiheit zu verletzen. Die linke Ratsseite fand sowohl eine Prüfung wie auch neue Gesetze unnötig. Die rechte Ratsseite wollte keine Prüfung, sondern direkt einen Gesetzgebungsprozess und obsiegte mit dieser Haltung in der Abstimmung mit 71:62. Die Regierung muss nun eine entsprechende Gesetzes- und wohl auch Verfassungsänderung ausarbeiten.

KOMMENTAR

Steuergerechtigkeit in Gefahr

Im Grossen Rat wurde heute viel über kantonale Steuern diskutiert. Steuern sind nicht sexy, aber zur Erfüllung der Staatsaufgaben notwendig. Nebst der Höhe der Abgaben sollte das Steuersystem möglichst gerecht ausgestaltet sein. Dazu gibt es in der Bundesverfassung Vorschriften und unter anderem steht dort, dass der «Grundsatz der Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit zu beachten» ist. Sprich: Wer viel verdient und viel Vermögen hat, soll mehr beitragen, als wer knapp durchkommt. Dieser Grundsatz wird meines Erachtens seit Jahren

mehr und mehr missachtet – auch im Aargau. Von den beschlossenen und geplanten Steuerenkungen profitieren vor allem die Vermögenden und Vielverdienenden. Dem Kanton werden Mittel entzogen und die Lasten verschieben sich immer mehr zum Mittelstand. Und die hängigen Vorstösse und Geschäfte im Grossen Rat, wie zum Beispiel das heute überwiesene Postulat zur Einführung einer Flat Rate Tax, verheissen diesbezüglich leider nichts Gutes.

ANDREAS FISCHER BARGETZI, MÖHLIN

Prävention gegen häusliche Gewalt

AARGAU. Im Grossen Rat wurde am Dienstag auch ein Vorstoss zur Prävention gegen häusliche Gewalt und ihre gesellschaftlichen Folgekosten eingereicht. Häusliche Gewalt ist kein Randphänomen. Sie trifft Frauen und Männer, Kinder und ganze Familien. Und sie verursacht neben unermesslichem menschlichem Leid auch erhebliche gesellschaftliche und finanzielle Folgekosten.

Der Vorstoss wurde vom Verein Gleichstellung Aargau von den Grossrätinnen Sabine Sutter-Suter (Mitte, Lenzburg) und Béa Bieber (GLP, Rheinfelden) eingereicht. Im Kanton Aargau kam es 2025 zu 2624 Polizeieinsätzen wegen häuslicher Gewalt. Der eingereichte Vorstoss verweist zudem auf 583 Strafanzeigen, 415 Wegweisungen sowie 45 Kontakt- oder Annäherungsverbote. Die Zahl der Personen, die der Anlaufstelle gegen häusliche Gewalt gemeldet wurden, stieg von 1030 im Jahr 2010 auf 6721 im Jahr 2025.

Die Interpellation verlangt, dass der Regierungsrat aufzeigt, wie sich häusliche Gewalt im Aargau in den vergangenen zehn Jahren entwickelt hat, wie wirksam die bestehenden Präventionsmassnahmen sind und welche finanziellen Mittel für Prävention, Opferhilfe, Frauenhaus, Täterarbeit und weitere Angebote eingesetzt werden. Gleichstellung Aargau möchte damit eine Diskussion anstossen, die über einzelne Budgetpositionen hinausgeht. Gewalt dürfe weder gegenüber Frauen noch gegenüber Männern toleriert oder bagatellisiert werden. (mgt/nfz)

«Regierung verschliesst die Augen»

Verzögerungstaktik beim Mediengesetz

AARGAU. Vor vier Jahren verlangten verschiedene Grossrätinnen und Grossräte vom Regierungsrat die Schaffung eines Mediengesetzes, wie es gemäss Paragraph 37 der Kantonsverfassung eigentlich vorgesehen ist. Die Interpellanten waren Colette Basler (SP, Zeihen), Alfons Paul Kaufmann (Mitte, Wallbach), Béa Bieber (GLP, Rheinfelden), Thomas Baumann (Grüne, Suhr) und Urs Plüss (EVP, Zofingen). In der Folge lehnte der Regierungsrat diese Forderung zur Schaffung eines Mediengesetzes ab. Der Grosse Rat war damit jedoch nicht einverstanden. In seiner Begründung wies die

Regierung darauf hin, dass aus ihrer Sicht zu viele Fragen auf nationaler Ebene offen sind, um zeitnah die Ausarbeitung eines kantonalen Mediengesetzes in Angriff nehmen zu können. Aus Sicht des Regierungsrats erbringen die im Kantonsgebiet tätigen privaten Medienunternehmen einen wichtigen Service public und leisten einen unentbehrlichen Beitrag zum Funktionieren der direkten Demokratie. Er sieht deshalb keinen Handlungsbedarf. Diese Ansicht teilte die Sprecherin Colette Basler am Dienstag im Grossen Rat überhaupt nicht. «Das ständige Abschieben der Verantwortung für die

Medienförderung beziehungsweise das Abwarten einer nationalen Lösung ist eine Hinhaltetaktik. Eine Bundeslösung kommt frühestens in vier Jahren – wenn überhaupt. Bis dahin wird der Schaden für die Medienvielfalt bereits angerichtet sein, und die Folgekosten für die Aargauer Bevölkerung werden höher ausfallen, als wenn einer Verarmung der Medienvielfalt und -qualität frühzeitig mit Unterstützung entgegengewirkt worden wäre.»

Regionaljournalismus unter Druck
Die fög-Studie zeige klar, dass gerade der Lokal- und Regionaljourna-

lismus unter Druck steht. «Die Interpretation der Regierung, dass wir im Aargau keine Probleme hätten, ist schlicht falsch.» Grössere Veränderungen in der Medienlandschaft seien auch im Aargau zu beobachten. «Doch die Regierung verschliesst die Augen. Vielleicht wäre es bereits ein Gewinn, wenn die Verantwortung für dieses Thema einem Regierungsdepartement zugeteilt würde – dem BKS (Bildung, Kultur und Sport). Das wäre immerhin ein erster Schritt. Mit der Antwort des Regierungsrats sind wir nicht einverstanden. Sie ist kurzzeitig und frustrierend.» Wie der

Regierungsrat erklärt, will er erst im Dezember 2028 dazu Stellung nehmen.

Randnotiz: Die Geschäfte der Grossratssitzung werden vom Kanton live aufgezeichnet und für alle transparent protokolliert. Gleichzeitig publiziert die Aargauer Zeitung online einen Liveticker vom Ratsgeschehen. Als grösstes Aargauer Medienunternehmen sieht die AZ offenbar keinen Bedarf, über die Medienvielfalt und -qualität im Aargau zu diskutieren – dieses Medienthema im Aargauer Grossen Rat war ihr keinen einzigen Buchstaben wert ... (WH)

Inserat

Raiffeisenbank Möhlin

Im eigenen Chalet an der EXPO27

Seit 101 Jahren ist die Raiffeisenbank Möhlin in der Region verwurzelt und für die Menschen da. Kein Wunder, dass sie sich auch an der EXPO27 zeigt: «Wir engagieren uns vor Ort und pflegen den direkten Austausch mit den Menschen», sagt Dominik Tanner, Vorsitzender der Bankleitung.

Der persönliche Kontakt zur Region ist ihm wichtig – die Gewerbeausstellung für das Fricktal in Rheinfelden bietet dafür die perfekte Bühne.

Wer vorbeischauf, findet die Bank in einem ungewohnten Rahmen: im eigenen **Raiffeisen Chalet**. Dort wartet ein buntes Rahmenprogramm für Gross und Klein – von bunt verzierten Gesichtern über ein Glücksrad mit tollen Gewinnen. Selbstverständlich gibt es auch fachkundige Auskünfte sowie Snacks und Getränke. «Das Detailprogramm wird gerade noch geschnürt», sagt Dominik Tanner.

Am meisten freut sich das Team auf tolle Begegnungen, nette Gespräche und neue Kontakte – und ganz besonders auf glückliche Gesichter sowie neugierige Kinderaugen.

Warum an der Expo mitmachen?

Für die Raiffeisenbank Möhlin steht fest: Manchmal muss man raus aus der Bankfiliale und rein ins Chalet, um mit den Menschen vor Ort ins Gespräch zu kommen.



Die Raiffi ist dabei - Hast du dich schon angemeldet?

expo27.ch

RAIFFEISEN